Referat

im Rahmen des finanzwissenschaftlichen Seminars

"Aktuelle Probleme der Finanzpolitik"

bei

Prof. Dr. Dieter Biehl

Sylvia Durin WS 1978/79

"WIRTSCHAFTSPOLITISCHE PROBLEME DER SÜDERWEITERUNG DER EG"

Klaus-Jürgen Preising
Karl-Stieler-Str. 15a
1000 Berlin 41

GLIEDERUNG

1.	GRUNDLAGEN DER SÜDERWEITERUNG DER EG	1
1.1.	Aufnahmeanträge und Assoziierungsabkommen	1
1.2.	Motive und Erwartungen der beitrittswilligen Länder	2
1.3.	Motive und Erwartungen der aufnahmewilligen Länder	2
2.	DIE ERWEITERTE GEMEINSCHAFT ALS ZUSAMMENSCHLUSS VON INDUSTRIE- UND ENTWICKLUNGSLÄNDERN	3
2.1.	Verschärfung interregionaler Disparitäten	3
2.1.1.	Das Beschäftigungsziel	4
2.1.2.	Das Einkommensziel	5
2.2.	Interregionale Disparitäten und ihre Auswirkungen	7
2.2.1.	Agrarmarkt	7
2.2.2.	Industriemarkt	9
2.2.3.	Arbeitsmarkt	10
2.3.	Das regionale Entwicklungspotential und seine Möglichkeit interregionale Disparitäten zu erklären	10
2.3.1.	Bestimmungsgründe des regionalen Entwicklungspotentials	11
2.3.1.1.	Geographische Lage und Agglomeration	11
2.3.1.2.	Infrastruktur	12
2.3.1.3.	Wirtschaftsstruktur	12
2.3.2.	Unterschiedliche regionale relative Wettbewerbsfähigkeit	13
3.	INTERREGIONALE UMVERTEILUNGSMÖGLICHKEITEN DER ÖFFENTLICHEN HAUSHALTE	15
3.1.	Direkte Subventionierung der Einkommen	15
3.2.	Regionalpolitik als verteilungsorientierte Allokationspolitik	16
3.3.	Regionalpolitik und Internationale Arbeitsteilung	17

4.	ANFORDERUNGEN AN DAS POLITISCHE UND INSTITUTIONELLE SYSTEM EINER ERWEITERTEN GEMEINSCHAFT	19
4.1.	Reform des Gemeinsamen Agrarmarktes	19
4.2.	Reform der Finanzierung des EG-budgets	20
4.3.	Verstärkte Integration und Ausrichtung auf eine Politische- und Währungsunion	20
4.4.	Regionalpolitik als institutionalisierte Politik der Regionen	21
5.	DIE ERWEITERUNG DER GEMEINSCHAFT IN DER ÖFFENTLICHEN MEINUNG	22
	Anlagen	23
	Literaturverzeichnis	27

1. GRUNDLAGEN DER SÜDERWEITERUNG DER EG

Grundsätzlich ist die Europäische Gemeinschaft als erweiterungsfähiges Gebilde ausgelegt. Die aktuelle Süderweiterung der EG stellt bereits die 2. Erweiterungsrunde in Richtung auf eine gesamteuropäische Gemeinschaft dar nach der Erweiterung durch Großbritannien, Irland und Dänemark.

1.1. Aufnahmeanträge und Assoziierungsabkommen

Bedingt durch politische Konstellationen bestehen zwischen Griechenland und der EG die längsten Beziehungen, die auf das 1. Assoziierungsabkommen der EG von 1961 zurückgehen. Mit Unterbrechung während der faschistischen Diktatur in Griechenland haben sich schon einige Anpassungs- und Angleichungsprozesse vollzogen, die am 12. Juni 1975 zu einem offiziellen Gesuch um Beitritt führten. Eine positive Stellungnahme der Europäischen Kommission vom Februar 1976 führte zu Aufnahmeverhandlungen, die eine Einigung über die Mitgliedschaft Griechenlands in der EG mit sich brachte. Die Vollmitgliedschaft soll bis zum 1.1.1981 vollzogen sein.
Portugal reichte nach dem Umsturz vom April 1974 und der folgenden Phase politischer Konsolidierung, am 28. März 1977, Spanien, nachdem es mit den Wahlen vom 15. Jun i 1977 die formale Rückkehr zur Demokratie vollzogen hatte, am 28. Juli 1977 ein offizielles Gesuch um Beitritt zur EG ein.

Kommission und Rat der Gemeinschaft begrüßten dies nachhaltig und leiteten unverzüglich die nach den gemeinsamen Verträgen erforderlichen Verfahren ein. Noch nicht so weit fortgeschritten ist das Verfahren im Fall der Türkei. Ein Assoziierungsabkommen besteht seit Dezember 1964, ein Zusatzprotokoll vom 1.1.1973 leitete die Beziehungen in eine Übergangsphase über. Eine Vollmitgliedschaft erscheint aber unter den gegebenen aktuellen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen in der Türkei in weite Ferne gerückt, sie ist bis spätestens 1995 in Aussicht gestellt. [1)]

---

1) Vgl. Gumpel, W., Die Europäische Gemeinschaft - Chancen und Risiko für die türkische Wirtschaft; in: Die Süd-Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft, S. 179 f.

1.2. Motive und Erwartungen der beitrittswilligen Länder

Erhebliche Vorteile erwarten die entsprechenden Regierungen in politischer und ökonomischer Sicht. Besonders deutlich werden die politischen Erwartungen vor dem Hintergrund der vergleichbaren historischen Erfahrung mit dem Faschismus. Die Regierungen erwarten durch die verstärkte Zusammenarbeit mit den anderen demokratischen Nationen eine Stärkung der eigenen demokratischen Position.[1] Je nach Stand der strukturellen Entwicklung erhoffen sich diese Länder Partizipation an den Fonds für Gemeinschaftsaufgaben, Impulse für die industrielle Entwicklung, den Anschluß an moderne Technologien und eine Erweiterung der Handelsbasis und damit positive Auswirkungen auf die Betriebsgrößenstruktur.[2]

1.3. Motive und Erwartungen der aufnahmewilligen Länder

Die Motive der aufnahmewilligen Länder sind in erster Linie politisch bedingt. Dies wird deutlich aus der Erklärung des Ratspräsidenten anläßlich der Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit Griechenland: " ... daß über die materiellen Ziele und die für unsere Völker günstigen sozialen Auswirkungen hinaus der Beitritt von an langen parlamentarischen und demokratischen Traditionen reichen Ländern den festen Kern Europas stärken wird ...
Es gilt den Typ einer Zivilisation und eines politischen Systems zu erhalten und zu stärken, den wir keinem Staat aufzwingen wollen, der aber in unseren Augen Freiheit und Fortschritt der Völker am besten gewährleistet." [3]

---

1) Vgl. Hasenpflug, H., Industrie- und agrarpolitische Probleme der Beitrittskandidaten, in: Die Süd-Erweiterung ..., S. 109.

2) Vgl. Hummen, W., Harmonisierung versusländerspezifische Differenzierung des industriepolitischen Instrumentariums, in: DIE, Bd. 52, S. 21f.

3) Everling, Ulrich, Integrationspolitische Probleme der Erweiterung der EG, in: Die Süd-Erweiterung ..., S. 61.

Diese politischen Erwägungen können konkretisiert werden bezüglich

- der politischen Absicherung der strategisch empfindlichen Südflanke Europas

- der Intensivierung der EG-Außenbeziehung, wobei über Griechenland der Nahe Osten und über Spanien/Portugal Lateinamerika näher an die EG rücken

- und bezüglich eines Integrationsimpulses für die Gemeinschaft, da die Schwierigkeiten einer erweiterten EG nur durch eine institutionelle Reform adequat gemeistert werden können. [1)]

2. DIE ERWEITERTE GEMEINSCHAFT ALS ZUSAMMENSCHLUSS VON INDUSTRIE- UND ENTWICKLUNGSLÄNDERN

Während mit Ausnahme des Südens Italiens die ursprüngliche EG 6 hochentwickelte Industrieregionen umfaßte, kam erstmals mit Irland ein unterentwickeltes Land in die Gemeinschaft. Gemessen am BSP/Kopf werden auch die neu hinzukommenden Länder als unterentwickelt betrachtet.

2.1. Verschärfung interregionaler Disparitäten

Ausmaß und Größenordnung der Veränderungen geben einige Kennzahlen wieder, die den unterschiedlichen Entwicklungsstand und ökonomische Strukturen gegenüber der Mehrzahl der Länder der EG 9 verdeutlichen und die Heterogenität der dann insgesamt auftretenden nationalen Wirtschaftsstrukturen beschreiben. Alle 4 potentielle Beitrittsländer weisen ein niedrigeres BSP pro Kopf auf, als in der EG 9 vorhanden ist. (Vgl. Tab. 1 im Anhang) Besonders deutlich fällt hier die Türkei auf, die nur 1/3 des irländischen und 1/4 des italienischen BSP/Kopf, den beiden Tiefstwerten in der bisherigen EG 9, aufweist.

Deutlich werden auch die strukturellen Unterschiede der Beitrittskandidaten gegenüber der EG 9 am Beispiel der Stellung des Agrarsektors. (Vgl. Tabelle 2 im Anhang)

---

1) Vgl. Rhein, Eberhard, Plädoyer für eine erweiterte Gemeinschaft; in: Die Süd-Erweiterung ..., S. 51 ff.

Während der Anteil der in der Agrarwirtschaft Beschäftigten in den Beitrittsländern von 23,1% (Spanien) bis 64,1% (Türkei) reicht, steht dem ein durchschnittlicher Anteil von nur 8,9% bei einer Streuung von 1,5% (Großbritannien) bis 24,3% (Irland) in der EG 9 gegenüber.

Als logische Folge davon liegen auch die Anteile des Agrarsektors als Beitrag zum BSP mit Ausnahme Irlands weit über dem Durchschnitt der EG 9. (Vgl. Tabelle 3 im Anhang) [1)]

Die jeweiligen Unterschiede werden noch größer, wenn die Messungen nicht an nationalen Durchschnittswerten, sondern an regional gegliederten Werten vorgenommen werden.

Hierzu sind jedoch einige Bemerkungen bezüglich einer sinnvollen Definierung, Messung und Interpretation interregionaler Disparitäten nötig. Regionale Ungleichgewichte können allgemein bezüglich der Zielgrößen Beschäftigung und Einkommen beschrieben und zusammengefaßt werden.

2.1.1. Das Beschäftigungsziel

Während die Zielerfüllung des Beschäftigungszieles meist definiert wird anhand offener Arbeitslosigkeit in Form des nationalen Durchschnitts und der regionalen Streuung der Arbeitslosenquote, so hat diese Maßzahl nur eine beschränkte Aussagekraft zur Beschreibung der allgemeinen Beschäftigungssituation. Zu berücksichtigen wären nämlich auch noch die vielfältigen Formen versteckter Arbeitslosigkeit, so daß eine stärkere Aussagekraft das Verhältnis von potentiellem Arbeitsangebot gegenüber der aktuellen Arbeitsnachfrage hätte, mit einem gewissen Erklärungswert für unterschiedliche Zu- und Auswanderungsraten, wenn man nämlich das potentielle Arbeitsangebot den aktuellen Teilnahmeraten am Arbeitsmarkt gegenüberstellt.

---

1) Vgl. Hasenpflug, H., a.a.O., S. 109 ff.

Wenn auch diese Teilnahmeraten abhängig sind von einer bestimmten Alters-, Geschlechts- und Zu- oder Abwanderungsstruktur, so stellen sie dennoch einen sinnvollen Indikator für den jeweiligen Ausnutzungsgrad des regionalen Arbeitspotentials dar. Der Vergleich des potentiellen Arbeitsangebots mit der aktuellen Nachfrage ergibt ein regionales "job-deficit" bzw. "job-surplus", woraus sich eine Netto-Wanderungsbewegung ableiten ließe.[1)]

Um diesen Indikator regional zu messen, bedarf es noch entsprechender Kriterien, um den Begriff "Region" zu definieren. Dieser Begriff läßt sich in Anlehnung an das Konzept der Arbeitsmarktregionen entwickeln, das von der Tatsache ausgeht, daß zur Befriedigung eines "job-surplus" in einem dominierenden städtischen Zentrum eine Pendlerbewegung gegenüber den umliegenden ländlichen Gemeinden eintritt. Der Einzugsbereich von ländlichen Gemeinden, der sich bis zu einer Netto-Pendler-Rate von 0 ergibt, würde den Idealtyp einer Region darstellen.

In Anlehnung an W. Christaller und A.Lösch ließe sich noch eine föderale Regionalstruktur mit mehreren dominierenden städtischen Zentren und eine eher zentrale Regionalstruktur mit nur einem dominierenden Zentrum, jeweils mit einer Anzahl von kleineren Zentren niederen Ranges ausgestattet, erklären.[2)]

2.1.2. Das Einkommensziel

Eine übliche Form die Realisierung des Einkommenszieles zu messen, wird mit Hilfe der Maßzahl Einkommen/Kopf der Bevölkerung und die jeweilige Streuung von dem nationalen Durchschnitt vorgenommen. Die internationale Vergleichbarkeit wird durch die Umrechnung anhand der jeweiligen Währungsparität vorgenommen.

---

1) Vgl. Biehl, D., "The Impact of Enlargement on Regional Development and Regional Policy in the European Community, Manuskript 1978, S. 2.

2) Ebenda, S. 4.

Diese Darstellung ist in ihrer Aussagekraft aber geschmälert, da normalerweise nationale und regionale Unterschiede in der Konsumstruktur und abweichende relative Preise festzustellen sind. Es wird also unterstellt, daß diese Konsumausgaben jeweils im gleichen Land getätigt würden.

Darüberhinaus werden nur pekuniäre Einkommen berücksichtigt, da das Einkommen/Kopf auf privaten Kosten-Nutzen-Erwägungen beruht, soziale oder öffentliche Kosten-Nutzen-Erwägungen jedoch nicht in Rechnung stellt. Deshalb dürften die eigentlichen Disparitäten geringer als die statistischen sein. Auch bezüglich der Einkommen kann man feststellen, daß die regionalen Einkommensdisparitäten weitaus größer sind, als die nationalen, in Abhängigkeit von der Größe eines Landes und der Anzahl der Regionen. [1] Benutzt man als differenzierte Maßzahl einen gewichteten Variationskoeffizienten, ergibt sich eine bestimmte aktuelle Struktur zur Beschreibung dieser interregionalen Einkommensdisparitäten. (Vgl. Tabelle 4 im Anhang)

Die oben angesprochene Unterscheidung in private und soziale Kosten-Nutzen-Erwägungen ist auch bedeutend im Hinblick auf einen Agglomerationsprozeß. Denn bei hoher Agglomeration, selbst bei "Über-Agglomeration", verbunden mit negativen externen Effekten und hohen sozialen Kosten, kann sich durch Nutzung der Agglomerationsvorteile immer noch das private Kosten-Nutzen-Verhältnis positiv entwickeln. Somit bringt privates Investitionskalkül eine Verzerrung der optimalen sozialen Allokation der Ressourcen mit sich. Insofern kann man aber den Ressourcentransfer zwischen Regionen unterschiedlicher Agglomeration nicht nur unter dem Postulat sozialer Gleichheit der Lebensverhältnisse und der Verteilungsgerechtigkeit rechtfertigen, sondern auch unter Allokationsgesichtspunkten, da diese Ressourcen in Fördergebie-

---

1) Vgl. Biehl, D., Hußmann, E., Schnyder, S., Zur regionalen Einkommensverteilung in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft; in: Die Weltwirtschaft, Heft 1, 1972, S. 64 f.

ten effizient eingesetzt werden können, und damit Wohlfahrt und Wachstum gesamtwirtschaftlich fördern. [1)]

Optimal wäre dann ein Ressourcentransfer bis zur Höhe des Ausgleichs öffentlicher und privater Kosten-Nutzen-Erwägungen.

2.2. Interregionale Disparitäten und ihre Auswirkungen

Die Auswirkungen der bestehenden Disparitäten, die aus der grundlegenden Verschiedenheit der Wirtschaftsstrukturen gegenüber der EG 9 resultieren, haben im Falle der Erweiterung schwerwiegende Implikationen.

2.2.1. Agrarmarkt

Ein Beitritt der 4 Kandidaten zur EG 9 würde zwar keine generell neuen Probleme mit sich bringen, alte bestehende aber verstärken. Da sich die Erweiterung wegen des relativ hohen landwirtschaftlichen Anteils in besonderem Maße auf die gemeinsame Agrarpolitik auswirkt, die schon jetzt einen dominanten Faktor in der Gemeinschaft darstellt, werden verstärkt folgende Probleme auf die Gemeinschaft zukommen:
Aufgrund ähnlicher Produktionsstrukturen treten die Beitrittsländer im wesentlichen als Konkurrenten untereinander auf, aber auch gegenüber den mediterranen Gebieten Italiens und Frankreichs und den Gartenbaubetrieben Hollands. Durch niedrigere Produktionskosten und bei steigenden Selbstversorgungsgrad innerhalb der Gemeinschaft, werden besonders die Alt-Mitglieder auf umfangreiche Kompensationsforderungen bestehen, was zu einer weiteren finanziellen Eskalierung des Agrarhaushaltes führen wird. Die ohnehin schon höheren EG-Agrarmarktpreise werden die Einkommen der Landwirtschaft in den betroffenen Regionen steigen lassen, darüberhinaus werden weitere Mittel aus dem Agrarfonds zur Verbesserung der Agrarstrukturen die Einkommen erhöhen. Dieser Effekt, verbunden mit

---

1) Vgl. Biehl, D., Ursachen regionaler Einkommensunterschiede und Ansatzpunkte für eine potentialorientierte Regionalpolitik in der Europäischen Gemeinschaft, in: Verteilung der wirtschaftlichen Kräfte im Raum, 1976, S. 72.

einer starken Rationalisierungsmöglichkeit -wegen der noch bestehenden schlechten Betriebsgrößenstruktur und wenig ausgeprägten Mechanisierung der Landwirtschaft- wird tendenziell eine steigende Überproduktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse mit sich bringen. Bei der in der EG bestehenden Kompensationsmentalität wird dies zu einer weiteren finanziellen Belastung vergleichbar dem Milch- und Rindfleischmarkt kommen.[1)]

Bei einem dann bestehenden hohen Selbstversorgungsgrad (von 85% für Frischobst bis zu 130% für Zitrusfrüchte und Sardinenkonserven)[2)] wird aber auch der Handlungsspielraum gegenüber Drittländern (besonders AKP-Staaten und Israel) geringer, so daß eine Regelung innerhalb der Binnenwirtschaft der Gemeinschaft nicht ausbleiben kann.[3)] In Bereichen allerdings in denen die Erzeugerpreise der Beitrittsländer über denen des EG-Niveaus liegen, und in denen eine Produktionsumstellung aufgrund der natürlichen Standortverhältnisse nur schwer möglich ist, wird das bestehende Preissystem lediglich Einkommenseinbußen nach sich ziehen. Die Auswirkungen einerseits des Rationalisierungspotentials und sinkender Einkommen andererseits auf die Beschäftigung sind evident.

Ein zumindest beschäftigungsneutraler Abbau des Nord-Süd-Gefälles in der Landwirtschaft setzt deshalb eine verstärkte industrielle Entwicklung regional differenziert für die Beitrittsländer voraus, um diesen negativen Beschäftigungseffekt ausgleichen zu können. Hieraus und aus der tendenziellen Überproduktion bestimmter landwirtschaftlicher Produkte wird deutlich, daß eine Preispolitik im verstärktem Maße auch Allokationsziele beinhalten müßte, um die spezifischen Strukturprobleme der Mittelmeerländer lösen zu helfen.[4)]

---

1) Vgl. Heimpel, Christian, Die Struktur der mediterranen Landwirtschaft als agrarpolitisches Problem der erweiterten Gemeinschaft; in: DIE, Band 52, S. 12 ff.

2) Vgl. Hasenpflug, H., a.a.O., S. 115.

3) Vgl. Heimpel, Christian, a.a.O., S. 2.

4) Ebenda, S. 14 ff.

2.2.2. Industriemarkt

Während die Situation im Agrarbereich abgesehen von strukturellen Problemen zumindest zu Einkommensverbesserungen führen kann, wird die Perspektive im industriellen Bereich als weniger positiv eingeschätzt.

Zum einen sind die strukturellen Differenzen gemessen an den Verhältnissen in der EG 9 noch beträchtlich. Mit Ausnahme Spaniens, das in Teilbereichen eine starke vertikale Produktionsstruktur aufweist (Fahrzeugbau, Maschinenbau) sind die weiterverarbeitenden Industriezweige in den anderen beitrittswilligen Staaten unterentwickelt. Während die griechische Industrie vorwiegend handwerklich organisiert ist, [1] (mit Ausnahme des Schiffbaus und einiger Großraffinerien) ist auch die portugiesische Industrie hauptsächlich binnenmarktorientiert, kapitalschwach, von niedrigem Technologieniveau und von einer ungünstigen Betriebsgrößenstruktur. [2] Schlagkräftige Vertriebsnetze und moderne Managementorganisationsformen fehlen meist.
Noch krasser als die strukturellen Ungleichgewichte sind die regionalen Disparitäten. Industrielle Ballungszentren stellen quasi nur die Regionen Athen, Thessaloniki, Barcelona, Bilbao, Madrid, Lissabon und Porto dar.

Eine Exportsteigerung in die EG erscheint relativ unwahrscheinlich, da alle Beitrittskandidaten bereits über beträchtliche Zollvorteile verfügen, bzw. sind in dem Maße, in dem keine Zölle mehr erhoben werden, Zollinduzierte Exportsteigerungen nicht mehr zu erwarten. Auf der anderen Seite dürfte der Importdruck bis zur völligen Liberalisierung des Handels mit der EG und der Einführung des Gemeinsamen Zolltarifs gegenüber Drittländern zunehmen. Wachsender Importdruck ohne kompensatorische

---

1) Vgl. Hummen, Wilhelm, Harmonisierung versusländerspezifische Differenzierung des industriepolitischen Instrumentariums, in: DIE, S. 24 ff.

2) Vgl. Eßer, Klaus, Integration zwischen Industrie- und teilindustrialisierten Ländern; in: DIE, S. 53, S. 73.

Exportsteigerung dürften auch zu einer Verschärfung des Beschäftigungsproblems in der Industrie führen. [1)]

2.2.3. Arbeitsmarkt

Die Implikationen bezüglich des Arbeitsmarktes sind besonders unter dem Aspekt des § 48 EWGV zu sehen, der die Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb der Gemeinschaft garantiert. Mit dem Ansteigen der Arbeitslosigkeit innerhalb der EG 9 und dem daraufhin verfügten "Gastarbeiterstop" hat sich die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer in der EG 9 stabilisiert. In dieser Situation würde die Anwendung der Freizügigkeit auf die beitrittswilligen Länder einen neuen Impuls für den innereuropäischen Arbeitsmarkt bedeuten. Und zwar dürfte in dem Maße, in dem das Reallohnniveau der jeweiligen Länder differiert, in dem die Geburtenrate das wirtschaftliche Wachstum übersteigt und in dem Maße, in dem sich die Beschäftigungssituation durch die Folgen des Beitritts in den Ländern verschlechtert, eine Wanderungsbewegung in die entwickelten Länder einsetzen. Negative Folgen für das Wachstum der betroffenen Wirtschaften dürften sich auch daraus ergeben, daß vor allem die relativ gut ausgebildeten, mobilen städtischen Arbeitskräfte abwandern werden. [2)]

2.3. Das regionale Entwicklungspotential und seine Möglichkeit interregionale Disparitäten zu erklären

Das regionale Entwicklungspotential kann einerseits definiert werden als eine potentielle Gütermenge, nämlich die maximal mögliche Menge an Gütern und Leistungen, die eine Region bei effizienter Nutzung der zur Verfügung stehenden Ressourcen erzeugen kann, oder andererseits als der potentielle Einkommenswert dieser Ressourcen selbst. Der Unterschied dieser potentialorientierten zu der herkömmlichen Ressourcenbetrachtung

---

1) Vgl. Hummen, Wilhelm, a.a.O., S. 28.

2) Vgl. Claus, Burghard, Arbeitsmarktpolitische Auswirkungen eines Beitritts südeuropäischer Länder zur EG und Konsequenzen für die Freizügigkeit der Arbeitnehmer; in: DIE, S. 77 ff.

besteht darin, daß nicht nur auf die real eingesetzten Produktionsfaktoren abgestellt wird, sondern auch die latent vorhandenen, noch nicht genutzten Ressourcen berücksichtigt werden. [1] Dabei sind die relativ immobilen, unteilbaren und nicht substituierbaren Ressourcen die eigentlichen und bestimmenden Determinanten des Potentials, da sie regional fixiert sind und aufgrund ihrer Eigenschaften nur der regionalen Nutzung unterliegen. Sie bestimmen die mögliche Produktionskapazität einer Region. Dabei können diese Ressourcen dann als "Engpaßfaktoren" betrachtet werden, die das erreichbare regionale Einkommen limitieren. [2]

Die anderen -mobilen- Produktionsfaktoren wie privates Kapital und Arbeit, speziell qualifizierte Facharbeit, können unter Umständen schon auf relativ geringe Änderungen der realen Einkommen oder Beschäftigungsmöglichkeiten in anderen Regionen reagieren.
Einige Annahmen aus der Theorie des regionalen Entwicklungspotentials sind empirisch getestet. [3]

2.3.1.1. Geographische Lage und Agglomeration

Diese beiden Faktoren können deshalb als Engpaßfaktoren betrachtet werden, weil sie die Kommunikationskosten determinieren. Der Lagevorteil einer zentralen Region ergibt sich aus der Möglichkeit, die Absatz und Beschaffungsmärkte im Durchschnitt mit einem Minimum an Transportkosten zu erreichen. Die Umkehrung gilt für periphere Regionen. Dahingegen kann die Agglomeration unter dem Gesichtspunkt der Minimierung interner Kommunikation gesehen werden. Je höher der Agglomerationsgrad ist, um so größer sind auch die positiven privatwirtschaftlichen externen Effekte. Insgesamt bietet sich ein besseres "Dienstleistungsangebot" dar.

---

1) Vgl. Biehl, Hußmann, Schnyder, Bestimmungsgründe des regionalen Entwicklungspotentials; in: Die Weltwirtschaft, Heft 1, 1974, S. 107.

2) Vgl. Biehl, D., Ursachen ..., a.a.O., S. 79 ff.

3) Vgl. Biehl, D., The Impact ..., a.a.O., S. 9 ff.

2.3.1.2. Infrastruktur

Der Potentialcharakter der Infrastruktur liegt besonders darin, daß es sich hierbei um relativ große und unteilbare Anlagen mit langer Lebensdauer handelt, die meist von der öffentlichen Hand und unabhängig von privatwirtschaftlichen Rentabilitätsüberlegungen erstellt werden. [1)]
Der Einfluß der Infrastruktur wurde anhand deutscher Arbeitsmarktregionen getestet, mit dem Ergebnis eines signifikanten Zusammenhangs zwischen Infrastrukturausstattung und Einkommen/Kopf. Dabei stellen sich die Disparitäten der regionalen Infrastrukturausstattung größer dar, als die Disparitäten der regionalen Einkommen/Kopf. Wesentlich deutlicher ist jedoch das Korrelationsverhältnis zwischen der genutzten Infrastrukturkapazität und den Einkommen/Kopf. Für die BRD ergab sich ein Infrastrukturausstattungsverhältnis von 1:6 (Idar-Oberstein/Bochum), jedoch nur ein Verhältnis von 1:3 (Soltau/Essen) bezüglich der Einkommen/Kopf, jeweils als Verhältnis von Höchst- zu Tiefstwerten.

2.3.1.3. Wirtschaftsstruktur

Sie kann insofern als regionaler Engpaßfaktor angesehen werden, als sie nämlich Umfang und Differenzierung des regionalen Güterangebotes bestimmt. Deutlich wird der Potentialcharakter der Wirtschaftsstruktur am Beispiel monostrukturierter Regionen, in denen eine Branche oder nur einige wenige Betriebe Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten bieten. Die drei Hauptsektoren weisen dabei bezogen auf die jeweiligen Regionen unterschiedliche Anteile am Gesamtprodukt und an der Gesamtbeschäftigung auf, wobei sich idealtypisch drei Entwicklungszustände beschreiben lassen, die auch unterschiedlich hohe Einkommen implizieren:

---

1) Vgl. Biehl, D., "The Impact ..., a.a.O., S. 11 f.

- Regionen mit hohem Anteil des Agrarsektors und entsprechend niedrigen Anteilen der beiden anderen Sektoren

- Regionen mit rückläufigen Anteilen des Agrarsektors, hohen und steigendem Anteil des Industriesektors

- und Regionen mit rückläufigen Anteilen des Agrar- und Industriesektors und steigendem Anteil des Dienstleistungssektors.

Diese unterschiedlichen Strukturen ergeben sich aus technologisch determinierten Produktivitäten der einzelnen Sektoren und einer speziellen einkommensabhängigen Nachfragestruktur. [1)]

2.3.2. Unterschiedliche regionale relative Wettbewerbsfähigkeit

Die Unterschiede in den aktuell erzielten Einkommen/Kopf stellen sich aber nicht nur als Resultat der relativen Faktorausstattung dar, sondern auch als Resultat des jeweiligen Ausnutzungsgrades der Ressourcen. Wodurch aber ergibt sich ein unterschiedlicher Ausnutzungsgrad, der beispielsweise auch an Hand der Teilnahmeraten am regionalen Arbeitsmarkt gemessen werden kann?
Damit nämlich das Ressourcenpotential voll bzw. befriedigend ausgenutzt werden kann, muß es mit den relativ mobilen teilbaren und substituierbaren Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit, auch hier besonders qualifizierter Arbeit, kombiniert werden.
Diese relativ mobilen Produktionsfaktoren können aber nur bei einem entsprechend hohem Faktorentgelt innerhalb der Region eingesetzt werden. Da aber auch andere Regionen sich um diese Produktionsfaktoren bemühen, kann als Bestimmungsfaktor für den regionalen Einsatz dieser Faktoren die Möglichkeit, aus potentiellem Einkommen aktuelles Einkommen werden zu lassen, angesehen werden. Dies drückt sich aus in einem Kosten-Nutzen-Verhältnis, wobei der Nutzen als determinierte und die Kosten als resultierende Größe anzusehen ist. Entscheidend scheint also das Produktivitäts-Reallohn-Verhältnis zu sein, der sogenannte "Effizienzlohn".

---

1) Vgl. Biehl, D., "The Impact ...", a.a.O., S. 14.

Man kann dies auch damit begründen, daß ein vorgegebenes regionales Entwicklungspotential in ein aktuelles umgewandelt werden kann, wenn die marginale Wertschöpfung bezüglich der regional fixierten Ressourcen größer ist als die aufgewandten Kosten für den Einsatz der mobilen Produktionsfaktoren.

Der Investitionsanreiz und die damit verbundene Kombinationsmöglichkeit der mobilen und immobilen Potentiale nimmt mit steigender marginaler Wertschöpfung zu und damit auch der Ausnutzungsgrad des regionalen Entwicklungspotentials.[1)]

Wenn sich aber bereits die Ressourcenausstattung der jeweiligen Regionen unterscheidet, kommt man zu folgendem Ergebnis: Je höher die Ressourcenausstattung einer Region ist, um so höher kann auch der Reallohn sein, bzw. ergeben sich Wettbewerbsvorteile für die Verwertbarkeit der mobilen Produktionsfaktoren.

Üblicherweise paßt sich aber das Lohnniveau regional nicht den jeweiligen Faktorausstattungen an, sondern ergibt es sich allgemein als Verhandlungsergebnis zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden, wobei sich die Höhe der Abschlüsse meist an den mit Ressourcen besser ausgestatteten und wachstumskräftigeren Regionen ausrichtet. Dadurch wird tendenziell das Produktivitäts-Reallohn-Verhältnis zu Lasten der potentialfaktorschwachen Regionen verändert. Für die besser ausgestatteten - meist hoch agglomerierten- Regionen ergibt sich ein Wettbewerbsvorteil. Mobile Produktionsfaktoren, erst das Kapital und in der Folge Arbeit, wandern in die besser ausgestatteten Regionen. Die Beschäftigungs- und Einkommensdisparitäten nehmen weiter zu. Ist das Engpaßfaktorenpotential einer Region unterausgelastet, so liegt das nicht daran, daß die Gesamtnachfrage zu gering wäre, sondern daran, daß diese Region auf dem Weltmarkt nicht wettbewerbsfähig ist.[2)]

---

1) Vgl. Biehl, D., "Die Ursachen ...", a.a.O., S. 82 f. und Biehl, D., "The Impact ...", a.a.O., S. 15 f.

2) Vgl. Biehl, D., "Die Ursachen ...", a.a.O., S. 83.

Eine sinnvolle Strategie, die Wettbewerbsfähigkeit dieser Regionen zu steigern kann aus Gründen der Leistungs- und Verteilungsgerechtigkeit sicher nicht darin liegen, das Reallohnniveau zu senken, sondern liegt in den Möglichkeiten einer aktiven Regionalpolitik, die die Potentialfaktorausstattung entsprechend verbessert, das "Faktorangebot" erhöht.

3. INTERREGIONALE UMVERTEILUNGSMÖGLICHKEITEN DER ÖFFENTLICHEN HAUSHALTE

Unter den Bedingungen der bestehenden politischen Systeme, die eine direkte Eingriffmöglichkeit in den Wirtschaftsablauf normalerweise nicht zulassen, beschränkt sich die aktive regionalpolitische Gestaltungsmöglichkeit auf die Ausprägung eines entsprechenden Einnahme-Ausgaben-Verhaltens der öffentlichen Hand. Dieser Redistributive-Aspekt hat seine Legitimation aus den Grundzielen einer Regionalpolitik, die als Zielgröße die "Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse" herstellen will und die - in den Römischen Verträgen formuliert- anstrebt, daß der Abstand zwischen den einzelnen Gebieten der Gemeinschaft und der Rückstand weniger begünstigter Gebiete zu verringern sei. [1)]
Dieser redistributive Eingriff kann nach zwei Kriterien vorgenommen werden: Einmal durch die Subventionierung der Einkommen, zum anderen durch die Subventionierung der Ressourcenausstattung.

3.1. Direkte Subventionierung der Einkommen

Diese Strategie erzielt eine Wirkung nur für die Einkommensempfänger, für die bereits Beschäftigten. Vermutlich werden diese erhöhten Einkommen in starkem Maße in den Konsum fließen und damit wieder zu einem großen Teil in die Kassen der regionenfremden produzierenden Betriebe.

---

1) Vgl. Biehl, D., "Die Ursachen ... ", a.a.O., S. 71.

Statistisch gesehen steigt zwar das Einkommen/Kopf in dieser Region, nicht aber die Beschäftigung. [1)]
Man könnte zu dieser These kritisch anmerken, daß im Sinne der im "Gegengutachten" [2)] vertretenen nachfrageorientierten Position natürlich auch bei Lohnsubventionierung ein Beschäftigungseffekt erzielt wird, in dem Umfange nämlich, in dem die erhöhte Nachfrage sich auch auf das regionale Angebot von Gütern und Dienstleistungen bezieht. Die aus dieser Eigendynamik hervorgehenden Beschäftigungsimpulse dürften auch real vorhanden und meßbar sein.

Dennoch haftet dieser Strategie der Ruch an, daß es sich letztlich um einen puren Sozialtransfer handelt und die eingesetzten Mittel in den Konsum fließen und nicht die Dynamik entfalten, wie im Falle der investiven Anlage dieser Mittel.

3.2. Regionalpolitik als verteilungsorientierte Allokationspolitik

Wenn es bei einer Regionalpolitik darum geht, die negativen Konsequenzen aus dem unterschiedlichen Produktivitäts-Reallohn-Verhältnis zu beseitigen, setzt die direkte Lohnsubventionierung an der Größe Reallohn an, möglich wäre aber auch ein Ansatz an der Produktivitätskomponente.

Diese produktivitätsorientierte Variante setzt an den Grundlagen dieser Disparitäten an. Sie fördert nämlich den Einsatz zusätzlicher Ressourcen in den schlechter ausgestatteten Regionen und führt zu einer Umverteilung der Ressourcen. Über die Verbesserung der Faktorkombinationsmöglichkeit mobiler Faktoren mit den verbesserten regional fixierten Faktoren kommt es auch zu einer nachhaltigen Verbesserung des Effizienzlohnniveaus.

---

1) Vgl. Biehl D., "The Impact ...", a.a.O., S. 17.

2) Vgl. Arbeitsgruppe "Alternative Wirtschaftspolitik", Memorandum Alternativen der Wirtschaftspolitik, Köln, 1978, S. 42 f und S. 120 f.

Damit verbunden ist einmal ein Einkommenseffekt aber auch ein entsprechend stärker ausgeprägter und nachhaltiger Beschäftigungseffekt, da eine Verbesserung der Ressourcenausstattung langfristiger wirkt. [1)]
Eine Ressourcenumverteilung erhöht tendenziell auch die gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate, wenn nämlich Ressourcen aus überagglomerierten Regionen in weniger verdichtete Regionen transferiert werden, da ihr Einsatz sowohl unter privaten, darüberhinaus aber auch unter volkswirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Erwägungen bewertet werden kann.
Der höhere Grenznutzen der umverteilten Ressourcen erscheint unter diesem Gesichtspunkt als Grund des Wachstums.

Die Strategie der direkten Lohnsubventionierung könnte tendenziell den Anreiz zu Produktivitätssteigerungen vermindern,da ja dann die Subventionen gekürzt würden. Darüberhinaus besteht die Gefahr, daß bei einer einseitigen Begünstigung des Faktors Lohn, arbeitsintensive Produktionsformen traditioneller Technologien überholte Produktionsstrukturen konservieren und einen regionalen Strukturwandel zumindest verlangsamen. Dieser Gefahr will eine produktivitätsorientierte Strategie vorbeugen, in dem sie an komplementären Ressourcen ansetzt.
Ziel einer redistributiv-orientierten Allokationsstrategie ist es also, die mobilen Ressourcen so zu verteilen, daß die Auslastungsgradunterschiede der regionalen Engpaßfaktorausstattungen vermindert werden und in allen Regionen bei denen das tatsächliche Einkommen unter dem potentiellen liegt, ein Einkommens- und Beschäftigungseffekt eintritt. [2)]

3.3. Regionalpolitik und internationale Arbeitsteilung

Wie vorher angedeutet wurde, sind die mit der Süderweiterung der EG verbundenen Probleme, resultierend aus den zunehmenden interregionalen Disparitäten, bei Anwendung einer stringenten Regionalpolitik sogar system- und marktkonform lösbar. Positiv zu bewerten ist in diesem Zusammenhang

---

1) Vgl. Biehl, D., "The Impact ...", a.a.O., S. 17 .

2) Vgl. Biehl, D., "Die Ursachen ...", a.a.O., S. 92 f.

auch das im Vergleich zur EG 9 stärker ausgeprägte Wachstumspotential der beitrittswilligen Länder (vgl. Tabelle 5 im Anhang)
Der Zusammenschluß von entwickelten und unterentwickelten Wirtschaften ergibt allerdings auch strukturelle Verschiebungen im jeweiligen nationalen Wirtschaftsgefüge, denn eine Region hat dann komparative Kostenvorteile und ist deshalb auch wettbewerbsfähiger, wenn die in einem Land relativ häufig vorhandenen Produktionsfaktoren auch am stärksten genutzt werden, unter der Voraussetzung, daß die Faktorpreisrelation der relativen Knappheit der Ressourcen entsprechen. [1)]
Dieser Ansatz erklärt den Prozeß der internationalen Arbeitsteilung und des weltwirtschaftlichen Strukturwandels. Der Strukturwandel sowie die internationale und interregionale Arbeitsteilung sind dadurch charakterisierbar, daß vor allem die arbeitsintensiven und die bodenintensiven Güter im Entwicklungsprozeß in dem Maße von den höher entwickelten an die weniger entwickelten Volkswirtschaften und Regionen abgegeben werden, wie Arbeit und Boden wegen zunehmender Knappheit teurer werden, Die maschinenintensiven Güter bilden eine Übergangszone der Eignung für hochentwickelte und weniger entwickelte Gebiete, während die infrastrukturintensiven und vor allem die humankapitalintensiven weitgehend höher entwickelten Regionen vorbehalten sind. [2)]

Dieses Konzept birgt aber die Gefahr in sich, die Länder in der Gemeinschaft auf ihre Funktion hin weitgehend festzulegen und in "denkende" und "arbeitende" Regionen zu splitten. Es fragt sich darüberhinaus, ob sich nicht mit diesem Konzept langfristig doch wieder Disparitäten entwickeln, die vorher verkleinert werden konnten.

---

1) Vgl. Biehl, D., "The Impact ...", a.a.O., S. 29.

2) Vgl. Biehl, D., "Die Ursachen ...", a.a.O., S. 89.

4. ANFORDERUNGEN AN DAS POLITISCHE UND INSTITUTIONELLE SYSTEM EINER ERWEITERTEN GEMEINSCHAFT

Es ist offenkundig, daß mit der Erweiterung auch ein Festsetzen neuer Größen für die angestrebten Ziele nötig wird, da die Ausgangslage nicht mehr die der EG 9 ist.
Denn selbst eine substantielle Erhöhung des EG-Haushaltes kann nur mittelfristig zu den ursprünglichen Zielerreichungsgrößen bezüglich Einkommen, und Beschäftigung führen. [1)]

4.1. Reform des Gemeinsamen Agrarmarktes

Änderungen von Zielwerten und -größen scheinen auch im Hinblick auf den Agrarmarkt notwendig zu sein, denn ein Großteil der EG-Ausgaben geht aus regionalpolitischer Sicht in die falsche Richtung, nämlich zu den entwickelten Ländern. Dies scheint in der aktuellen Lage gerechtfertigt, weil auch andere Aufgaben im Rahmen der EG zu erfüllen sind, wie z. B. konjunkturelle, ist aber längerfristig nicht zu rechtfertigen. Dies besonders deshalb, weil von dem mit über 70% Anteil am Gesamthaushalt dominierenden Agraranteil, der sich aus dem umfangreichen Marktregulierungssystem ergibt, die größte Mengenwirkung ausgeht. Aber die Gemeinsame Agarpolitik ist nicht nur re formbedürftig wegen dieser Negativeffekte auf die Redistribution, sondern auch deshalb, weil mit dem steigenden südeuropäischen Gewicht in der Gemeinschaft ähnliche kaum marktkonforme Praktiken der Marktregulierung zu einer immensen Haushaltsbelastung führen würde. Es ist fraglich, ob dies in den Netto-Zahler-Ländern politisch durchzusetzen ist. [2)]

---

1) Vgl. Biehl, D., "The Impact ...", a.a.O., S. 31.

2) Ebenda, S. 31 f.

4.2. Reform der Finanzierung des EG-Budgets

Aus redistributiver und regionalpolitischer Sicht wird auch eine Veränderung der Finanzierung des EG-Haushaltes nötig. Das gegenwärtig vorherrschende Finanzierungssystem scheint eher einem regressiven, als einem progessiven Steuersystem zu gleichen. Dies liegt darin begründet, daß die Einkünfte sich aus Gebühren, Agrarabgaben und aus Anteilen an der nationalen Mehrwertsteuer ergeben. Im Gegensatz dazu, daß eigentlich die ärmeren Länder von den Ausgaben des EG-Budgets profitieren sollen, ist die Selbstfinanzierungsquote der Ärmeren höher, als regionalpolitisch vertretbar wäre. Im Rahmen des sogenannten MacDougall-Komitees werden zur Zeit einige Alternativen zur Modifizierung des EG Finanzsystems diskutiert. [1)]

4.3. Verstärkte Integration und Ausrichtung auf eine Politische- und Währungsunion

Die im Rahmen einer europäischen Regionalpolitik aufzubringenden Mittel, stellen eine durchaus spürbare Belastung der nationalen Haushalte dar. Da hier in starkem Maße europäische Solidarität gefordert ist, müßte aber auch jede Erweiterung der Gemeinschaft mit einer Intensivierung der gegenseitigen Beziehungen einhergehen. Aus diesem Blickwinkel scheint eine politische Union auch die adäquate politische Form zu sein, innerhalb derer ein Konsens über Gemeinschaftsaufgaben erzielt und der Öffentlichkeit vermittelt werden kann.

Darüberhinaus erfordert eine abgestimmte gesamteuropäische Wirtschafts- und Entwicklungspolitik auch eine abgestimmte Währungspolitik.

---

1) Vgl. Biehl, D., "The Impact ...", a.a.O., S. 32.

Deshalb rückte in der jüngsten Vergangenheit wieder die Debatte um eine Währungsunion in den Vordergrund. Da der Integrationsstand der Gemeinschaft als Wirtschafts- und Zollunion bereits sehr hoch ist, würde der Schritt zur Währungsunion natürlich auch einen Schritt auf eine politische Union hin bedeuten.
Die Diskussion um eine Währungsunion wird hauptsächlich unter folgenden Zielvorstellungen geführt: Einmal diene sie der Rationalisierung des Handels in der Gemeinschaft, zum anderen würden die traditionellen Ziele Beschäftigung, Stabilität und Ausgleich der Zahlungsbilanzen durch den Zwang zu gemeinsamen und abgestimmten Politiken die jeweilige Zielrichtung verstärken, da keine divergierenden nationalen Poltiken die erzielbaren Wirkungen hemmen würden.

Von der institutionellen Seite her ergibt sich aus der zu einer Währungsunion erweiterten Gemeinschaft auch eine Zentralisierung gesamtwirtschaftlicher Befugnisse. Die Gemeinschaft verspricht sich hieraus mehr Disziplin und Gewicht im Hinblick auf die Bekämpfung von Inflationimpulsen und auf ihre Rolle bei der Neuordnung des internationalen Währungssystems.[1)]
Diese Integration und Abstimmung nationaler Einzelpolitiken sei eben insbesondere wegen der durch die Süderweiterung verstärkt auf die einzelnen Länder zukommenden Belastungen nötig. Einmal um der Öffentlichkeit die politische Dimension der Gemeinschaftsaufgaben zu verdeutlichen, andererseits um den Wirkungsgrad getroffener Maßnahmen quantitativ und qualitativ zu erhöhen.

4.4. Regionalpolitik als institutionalisierte Politik der Regionen

In der Vergangenheit konnte man beobachten, daß nationale Egoismen häufig den sinnvollen Einsatz regionaler Föderung verhinderten. Bei einer Förderfläche von ca. 60% der Gemeinschaft müssen zwangsläufig einzelne Maßnahmen wirkungslos bleiben. Möglicher Ansatzpunkt, die regionalen Interessen stärker als bisher zu formulieren und durchzusetzen, wäre die Schaffung

---

1) Vgl. Jenkins, Roy, Die Integration der Europäischen Gemeinschaft angesichts der Erweiterung, Europa-Archiv 33. Jg. 1978, S. 2 ff.

einer "Zweiten Kammer" in der die Regionen der Gemeinschaft vertreten wären. Dies würde auch institutionell die Bedeutung regionaler Wirtschaftspolitik unterstreichen und die Dominanz zentraler nationaler Entscheidungsgremien eindämmen.[1] Diese "Regionalisierung" Europas hätte auch unter allgemeinpolitischen Aspekten ihre Bedeutung, da es kaum ein Mitgliedsland gibt, das nicht unter dem Gegensatz regionaler Interessen und dem Anspruch der zentralstaatlichen Gewalten zu leiden hätte.

5. DIE ERWEITERUNG DER GEMEINSCHAFT IN DER ÖFFENTLICHEN MEINUNG

In der Öffentlichkeit hat diese 2. Erweiterungsrunde nicht in dem Maße das Interesse gefunden, wie es in Anbetracht der damit verbundenen Probleme nötig gewesen wäre. In den nationalen Parlamenten fand der vollzogene Beitritt Griechenlands kaum Erwähnung, selbst die Debatten des Europaparlamentes wurden eher unter dem Gesichtspunkt der technokratischen Abwicklung als unter politischem Aspekt geführt.[2]

Die publizistische Tendenz, die Einschätzung der Erweiterung seitens Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände bezog sich hauptsächlich auf Probleme der Freizügigkeit und die damit verbundene Belastung des Arbeitsmarktes. In diesem Bereich wurden weitreichende Übergangsregelungen gefordert und in den Beitrittsverhandlungen auch durchgesetzt.

Beispielhaft für viele andere Stimmen steht die Einschätzung des DIW. (Vgl. Anlage)

---

1) Vgl. Biehl, D., "The Impact ...", a.a.O., S. 33.

2) Vgl. Kohler, Beate, Die Süderweiterung der Gemeinschaft - Hintergründe, Motive und Konsequenzen, in: Die Süd-Erweiterung, S. 24 ff.

Tabelle 1: BRUTTOSOZIALPRODUKT PRO KOPF IN DER EG UND POTENTIELLEN BEITRITTSLÄNDERN, 1974, IN MILL. US-$

Deutschland	6 195
Frankreich	5 061
Italien	2 706
Niederlande	5 109
Belgien	5 466
Luxemburg	5 987
Großbritannien	3 371
Irland	2 180
Dänemark	6 026
Türkei	748
Portugal	1 517
Spanien	2 446
Griechenland	2 139

Quelle: OECD: Economic Surveys, Juni 1977.

Tabelle 3: DER BEITRAG EINZELNER SEKTOREN ZUR ENTSTEHUNG DES BRUTTOSOZIALPRODUKTES, 1973 in %

Land	Land wirtsch.	Industrie	Dienstleistgn.	insgesamt
BR Deutschland	3,0	51,8	46,5	100
Frankreich	6,5	45,4	51,1	100
Italien	8,7	40,7	51,5	100
Niederlande	5,4	39,9	53,3	100
Belgien	3,8	39,8	54,1	100
Luxemburg	4,0	53,7	40,2	100
Großbritannien	2,4	40,7	54,0	100
Irland[2]	18,0	33,8	48,2	100
Dänemark	7,5	37,1	50,9	100
Türkei	27,0	28,3	40,8	
Portugal	14,6	39,0	36,7	100
Spanien	11,9	33,1	48,2	100
Griechenland[1]	16,1	27,7	49,9	100

1 = 1972.

2 = Beitrag zum Bruttosozialprodukt 1972.

Quelle:
EUROSTAT: Statistische Grundzahlen der Gemeinschaft 1975-76; Angaben für Irland sind entnommen aus: OECD: Economic Survey, August 1976.

Tabelle 2: ERWERBSTÄTIGE IN EINZELNEN SEKTOREN IN v.H. DER GESAMTBESCHÄFTIGTEN

Land	Industrie		Agrar		Dienstleist.	
	1964	1974	1964	1974	1964	1974
BRD	48,8	47,6	11,4	7,3	39,8	45,1
Belgien	47,2	41,2	6,9	3,7	45,9	55,1
Dänemark	37,4[1]	32,3	15,0[1]	9,6	47,4[1]	58,0
Frankreich	39,4	39,2	18,6	11,6	42,0	49,2
Großbritannien	33,6	27,5	2,0	1,5	64,4	71,0
Italien	41,3	44,1	25,6	16,6	33,1	39,3
Irland	27,1	31,1	33,3	24,3	39,7	44,6
Luxemburg	46,9	49,2	13,0	6,4	40,0	44,4
Niederlande	40,8	35,5	9,4	6,6	49,8	57,9
EG 9 insgesamt	44,2	42,6	13,9	8,9	41,9	48,5
Griechenland	20,6[2]	29,7[3]	50,0[2]	35,2[3]	29,4[2]	35,1[3]
Portugal	30,1	33,7	38,7	28,2	31,2	38,2
Spanien	35,1	37,2	35,3	23,1	29,6	39,7
Türkei	10,8	14,8	75,4	64,1	13,8	21,1

1 - 1965.

2 - 1961.

3 - 1971.

Quelle:
OECD: Labor Force Statistics.

Average Annual Real Growth Rates of GDP in EC9 and Candidate Countries

	B	DK	F	G	I	L	N	UK	Ir
1965 - 70	4.5	4.0	5.8	4.5	6.0	3.4	5.2	2.1	4.0
1969 - 74	5.3	2.9	5.3	3.6	3.9	4.1	4.5	2.7	3.3

	Gr	Po	Sp	Tu
1965 -.70	7.0	6.2	6.4	6.8
1969 - 74	5.4	6.4	6.4	6.8

Source: OECD Economic Surveys

Regional IPC of EC9 and the candidate Countries 1970[1]

- in DM and exchange rates of 1970 -

	Average IPC	Regional IPC Lowest	Highest	MMR	UCV	WCV
G	10 880	7 090	17 480	1:2.5	21.2	18.4
F	9 940	7 060	14 750	1:2.1	19.5	25.3
B	9 120	6 540	10 890	1:1.7	17.5	16.2
N	8 380	6 400	10 010	1:1.6	13.5	14.1
UK	7 650	6 270	8 790	1:1.4	10.8	12.0
I	6 150	3 220	8 450	1:2.6	27.8	27.6
EC9[2]	8 700	3 220	17 480	1:5.4	27.6	29.7
Spain	3 300	1 750	4 940	1:2.8	28.5	30.7
EC10	8 060	1 750	17 480	1:10	43.6	37.4
Portugal	2 430	1 890	2 810	1:1.5	11.0	10.6
EC11	7 910	1 750	17 480	1:10	47.2	39.5
Greece	3 600	1 760	5 510	1:3.1	26.0	34.9
EC12	7 780	1 750	17 480	1:10	51.4	40.7
Turkey	1 010	510	1 650	1:3.2	30.8	32.2
EC13	7 070	510	17 480	1:34.3	61.4	51.8

[1] IPCs for Portugal, Greece, and Turkey are own estimates. Cf. the Appendix by Dieter Biehl and Urban A. Münzer.

[2] Including Denmark, Ireland and Luxemburg, for which no regional IPCs are available.

Source: EG Regional Statistics 1973/74, Banco de Bilbao, Renta nacional, 1971; own calculations on the basis of 1970 exchange rates.

Tabelle 5: REGIONALE EXPORTSTRUKTUR POTENTIELLER EG-BEITRITTSLÄNDER (in v.H.)

Importregion / Exportregion	Griechenland		Spanien		Portugal		Türkei	
	1960	1975	1961	1975	1960	1975	1960	1975
Total	100	100	100	100	100	100	100	100
EG[9] insgesamt	42,8	49,7	57,0	44,6	37,0	50,1	45,3	43,5
Belgien/Luxemburg	0,8	1,9	2,8	3,2	3,1	3,1	3,1	2,2
BR Deutschland	18,5	21,1	15,0	10,7	9,1	10,2	14,8	21,7
Frankreich	4,8	7,3	8,1	13,7	3,4	6,6	5,1	4,4
Großbritannien	9,5	4,9	17,0	7,6	13,7	21,2	9,7	5,0
Italien	6,2	8,3	9,0	3,4	3,5	3,3	8,6	5,9
Niederlande	2,6	5,6	3,4	4,9	2,6	2,8	1,9	3,3
USA	13,4	5,1	10,0	10,5	11,2	7,2	18,3	10,5
Japan	-	1,6	1,8	1,2	-	0,9	-	2,0
Sonstige	43,8	43,6	31,2	43,7	51,8	41,8	36,4	44,0

Quelle:
OECD: Statistics of Foreign Trade, Series B und C, versch. Jge.

Tabelle 6: ZOLLSÄTZE DER EG, GRIECHENLANDS UND SPANIENS BEI AUSGEWÄHLTEN PRODUKTGRUPPEN[1]

SITC-Gütergruppe/Produktbez. / Zollsatz in v.H.	Europäische Gemeinsch.	Griechenland	Spanien
21 Häute	0	24,2	
24 Holz und Papier	3,3	9,6	5,0
26 Spinnstoff	2,2	9,1	
32 Kohle und Koks	1,1	7,6	8,2
33 Erdöl und -produkte	2,1	11,8	
42 Fette und Öle	0		11,4
53 Farbstoffe	6,7	26,9	15,9
54 Chemisch-pharmazeutische Erzeugnisse	6,9	12,9	12,8
55 ätherische Öle	6,0	24,5	
56 Chemische Düngemittel	1,7	9,2	10,0
57 Sprengstoffe	7,4	23,1	
58 Kunststoffe	7,8	19,9	21,7
59 versch. chemische Erzeugnisse	5,2	20,0	
61 Leder, Lederwaren	6,0	38,9	8,4
62 Kautschukwaren	5,5	16,6	18,6
63 Holz- und Korkwaren	7,5	25,4	
65 Garne, Gewebe	10,4	31,0	
67 Eisen und Stahl	6,1	12,6	12,4
69 Metallwaren	9,1	19,9	
71 Maschinenbauerzeugnisse	5,9	8,2	17,0
72 Elektrotechnische Erzeugnisse	8,1	14,1	24,9
73 Fahrzeuge	7,6	9,4	28,0
81 Sanitäre Anlagen	5,9	24,5	
82 Möbel	8,1	33,6	33,9
84 Bekleidung	11,0	40,6	30,1
85 Schuhwaren	11,2	49,7	20,9

1 Berechnet wurden einfache arithmetische Durchschnitte der Zollsätze der Brüsseler Zollnomenklatur unter Einbeziehung der Nulltariflinien (Stand 1.1.1976). Die Zölle Griechenlands und Spaniens gelten gegenüber Nicht-EG-Ländern.

Quelle:
Werte für Spanien: Stefan A. MUSTO: Spaniens Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft: Folgen und Probleme, Berlin 1977, S. 95.
Werte für Griechenland: Wilhelm HUMMEN: Griechenland und die Europäische Gemeinschaft - Probleme und Lösungsansätze im Bereich der Industrie, Berlin 1977, S. 67.

Labour Force Participation Rates 1973

	National Average	Regional Rates lowest	highest
1. D nmark	47.9	-	-
2. UK	44.8	39.7	47.1
3. Germany	42.4	35.6	46.9
4. France	41.7	36.2	48.1
5. Luxemburg	38.9	-	-
6. Belgium	37.4	33.1	42.9
7. Ireland	36.4	-	-
8. Netherlands	35.0	31.2	36.6
9. Italy	33.2	26.6	39.3

Source: EC Regional Statistics 1973/74, Table 9, pp. 186 ff.

BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG DER EG-STAATEN UND POTENTIELLER BEITRITTSLÄNDER (IN TAUSEND)

Land \ Jahr	1954	1974	Durchsch. Wachst.-Rate 1974/1964	2000
BR Deutschland	57 971	62 054	0,7	66 040
Belgien	9 378	9 773		11 025
Dänemark	4 722	5 045	0,7	6 048[1]
Frankreich	48 310	52 432	0,8	62 650
Großbritannien	54 156	56 068	0,3	62 794
Italien	50 439	54 541	0,8	61 441
Irland	2 863	3 086	0,8	3 796[1]
Luxemburg	328	355	0,8	436[1]
Niederlande	12 127	13 545	1,1	15 932
EG (9) insgesamt	241 323	257 780		
Griechenland	8 510	8 962	0,5	9 398
Portugal	9 115	9 014		9 418
Spanien	31 578	34 956	1,0	45 110
Türkei	30 394	39 349	2,6	74 660

1 - Eigene Berechnungen unter Berücksichtigung der durchschnittlichen Wachstumsrate der Jahre 1964-1974.

Quellen:
Für die Jahre 1964 und 1974: OECD: Labour Force Statistics 1963-1974, Paris 1976, Prognose für das Jahr 2000; UN: Concise Report on the World Population, Situation in 1970-1975 and its Long-Range Implications, New York 1976, S. 68.

ENTWICKLUNG DES ARBEITSKRÄFTEPOTENTIALS IN DER EG UND IN DEN POTENTIELLEN BEITRITTSLÄNDERN (IN 1 000)

Land / Jahr	1961	1964	1973	1974	Ø W'rate 1974/1964	Ø W'rate 1974/1964
BR Deutschland	26 772	26 922	26 985	26 797	-	-0,7
Belgien	3 676	3 768	3 926	3 985		1,5
Dänemark[1]	2 124	2 252	2 447	2 479		1,3
Frankreich	19 757	20 253	21 956	22 165	0,9	1,0
Großbritannien	24 747	25 301	25 578	25 655	0,1	0,3
Italien	21 128	20 243	19 366	19 627	-0,3	1,3
Irland	1 109	1 124	1 117	1 122		0,4
Luxemburg	134	134,4	147,1	150,8	1,2	2,5
Niederlande	4 279	4 496	4 809	4 831	0,7	0,5
EG (9) insgesamt	103 726	104 459	106 299	106 759		
Griechenland	3 639		3 247[2]		-1,1[3]	
Portugal	3 452	3 492	3 423	3 404	-0,3	-0,6
Spanien	11 839	12 075	13 301	13 386	1,0	0,6
Türkei	13 105	13 449	16 004	16 560	1,1[4]	3,5

1 - 1965.
2 - 1971.
3 - 1971/1961.
4 - 1970/1960.

Quelle:
OECD: Labour Force Statistics, versch. Jgg.

LITERATURLISTE

1) Arbeitsgruppe "Alternative Wirtschaftspolitik", Memorandum Alternativen der Wirtschaftspolitik Köln, 1978.

2) D. Biehl, E. Hußmann, S. Schnyder Bestimmungsgründe des regionalen Entwicklungspotentials -Infrastruktur, Wirtschaftsstruktur und Agglomeration - in: Die Weltwirtschaft, Heft 1, 1974, S. 107-122.

3) D. Biehl, E. Hußmann, S. Schnyder Zur regionalen Einkommensverteilung in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, in: Die Weltwirtschaft, Heft 1, 1972, S. 64-78.

4) D. Biehl The Impact of Enlargement on Regional Development and Regional Policy in the European Community, Manuskript, 1978.

5) D. Biehl Ursachen interregionaler Einkommensunterschiede und Ansatzpunkte für eine potentialorientierte Regionalpolitik in der Europäischen Gemeinschaft, in: Hans von der Groeben und Hans Möller (Hrsg.), Verteilung der wirtschaftlichen Kräfte im Raum, Bd. 2, Baden Baden 1976, S. 71-88.

6) B. Claus, K. Esser, C. Heimpel, W. Hummen Zur Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft in Südeuropa, Schriften des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik, Bd. 52, Berlin 1977.

7) H. Hasenpflug, B. Kohler (Hrsg.) Die Süderweiterung der Europäischen Gemeinschaft, Hamburg, 1977.

8) R. Jenkins Die Integration der Europäischen Gemeinschaft angesichts der Erweiterung, Europa-Archiv, 1978, Folge 1, S. 1-10.